

II-9058 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4566 1J

1989 -11- 17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Iлона Graenitz
und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Einstellung des österreichischen Standardwerks "Rechtsvorschriften zu Umweltschutz und Raumordnung"

Das einzige österreichische Standardwerk "Rechtsvorschriften zum Umweltschutz und Raumordnung" hat bisher im Zuge von 35 Lieferungen ca. 4.500 Seiten Rechtsvorschriften und Kommentierungen zum Umweltschutzrecht veröffentlicht. Die fachliche Beurteilung war durchwegs sehr positiv. Die Herausgabe war 1973 vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz initiiert worden.

Jetzt soll dieses für die Rechtsinformation der Bürger wichtige Standardwerk eingestellt werden, weil das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie die Grundfinanzierung verweigert. Dies obwohl die erforderlichen Geldmittel vergleichsweise maginal wären: eine ordnungsgemäße Weiterführung erfordert nach Angaben der Herausgeber - des Instituts für Stadtforschung - rund 500.000,- Schilling jährlich, wobei eine mittelfristige Regelung für die Dauer von 3 bis 5 Jahren angestrebt wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

A n f r a g e :

1. Warum verweigern Sie für das Standardrechtsinformationswerk "Rechtsvorschriften zu Umweltschutz und Raumordnung", das sowohl für Behörden und Unternehmen als auch für alle übrigen an Umweltrecht Interessierten ein wichtiges Nachschlagewerk darstellt, die Grundfinanzierung?

- 2 -

2. Auf welche Art und Weise glauben Sie besser die Herausgabe von Vorschriften zum Umweltschutz unterstützen zu können?
Auf welche Art und Weise glauben Sie den Zugang zum Recht für den Bürger bzw. die Transparenz von Umweltschutzvorschriften verbessern zu können?